

Antrag

der Abgeordneten Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Hans-Josef Fell, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Dr. Hermann Ott, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Blockade beim Bodenschutz aufgeben – EU Bodenschutzrahmenrichtlinien voranbringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Europäische Union steht vor der Herausforderung, endlich wirksame Maßnahmen zum Schutz der europäischen Böden zu ergreifen. Die bisherigen Versuche, eine Bodenschutzrahmenrichtlinie zu verabschieden, sind insbesondere am Widerstand der Bundesregierung gescheitert. Eine ambitionierte Bodenschutzpolitik auf europäischer Ebene ist jedoch umwelt-, klima- und nicht zuletzt wirtschaftspolitisch von hoher Bedeutung. Ziel einer Bodenschutzrahmenrichtlinie muss es sein, die Böden in Europa in gesunden Zustand zu erhalten, damit sie weiterhin ihre Funktionen für Mensch und Umwelt erfüllen.

Die EU-Kommission weist darauf hin, dass sich der Zustand der Böden europaweit seit Jahren verschlechtert. Die Flächenversiegelung nimmt kontinuierlich zu, Wind- und Wassererosion schädigen den Boden in zunehmendem Maße und fast 50 Prozent der europäischen Böden weisen einen verringerten Humusgehalt auf. Zudem sind große Flächen der europäischen Böden mit Schadstoffen kontaminiert. Trotz dieser Befunde haben bisher nur wenige EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen zum aktiven Bodenschutz ergriffen. In dieser Hinsicht ist das deutsche Bodenschutzrecht europaweit Vorreiter. Gerade deshalb sollte Deutschland sich auf europäischer Ebene für ein einheitliches und ambitioniertes Bodenschutzrecht einsetzen. Die Einführung eines hohen Bodenschutzstandards durch die gesamte Europäische Union dient nicht nur dem Umwelt- und Klimaschutz, sondern stärkt auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ihre Blockadehaltung bei der Schaffung eines umfassenden europäischen Bodenschutzrechts aufzugeben und sich innerhalb der Europäischen Union für eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Bodenschutzrahmenrichtlinie einzusetzen;
- sich innerhalb weiterer Verhandlungen über eine EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie dafür einzusetzen, dass der deutsche Standard im Bodenschutzrecht als Mindeststandard auch auf der Ebene der Europäischen Union eingeführt wird;

- sich innerhalb weiterer Verhandlungen über eine EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie dafür einzusetzen, dass verbindliche Zielvorgaben und Bodenschutzstandards festgelegt werden.

Berlin, den 22. November 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion